

Bericht zur Vertreterversammlung am 20. Oktober 2018

Am 20. Oktober 2018 fand in der Geschäftsstelle der LPK RLP die vierte Sitzung der Vertreterversammlung in der 4. Amtsperiode statt. Es waren 24 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Nach der Begrüßung der Mitglieder durch die Vizepräsidentin Dr. Andrea Benecke und den üblichen Regularien stand als dritter Punkt ein Vortrag zum Thema „PsychotherapeutInnen in Führung bringen“ von Andreas Gilcher und Ulrich Bestle auf der Tagesordnung. Beide sind Mitglieder im Ausschuss „Belange der Angestellten“ und stellten dessen Aktivitäten vor. Schwerpunkt dabei war die Entwicklung eines Führungscurriculums für Psychotherapeuten, um diese in ihren Führungsaufgaben zu unterstützen bzw. ihnen wichtige Kompetenzen zu vermitteln, um sie auf die Aufgaben in leitenden Positionen vorzubereiten. Anschließend fand die Aussprache zu den Berichten des Vorstandes, der Geschäftsführung und der Ausschüsse statt.

Der Rücktritt von Peter Brettle vom Amt des Kammerpräsidenten erforderte Ergänzungswahlen für den Vorstand der LPK. Die Vertreterversammlung wählte **Sabine Maur**, niedergelassene Psychologische Psychotherapeutin mit Zusatzqualifikation Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, zur neuen Präsidentin. **Ulrich Bestle**, angestellter Psychologischer Psychotherapeut, wurde zum neuen Beisitzer im Vorstand gewählt. Dr. Andrea Benecke und Peter Andreas Staub nehmen weiter ihre bisherigen Vorstandsämter als Vize-Präsidentin bzw. Beisitzer wahr.

Die Vertreterversammlung stimmte außerdem Änderungen der Entschädigungsordnung und der Fortbildungsordnung der LPK RLP zu. Weiterhin stellte der Vorstand den Haushaltsplan für 2019 vor, der von der Vertreterversammlung diskutiert und beschlossen wurde. Die Vertreterversammlung legte außerdem auf Vorschlag des Vorstandes den Regelbeitrag für Kammermitglieder auch für das Jahr 2019 unverändert auf 540 Euro fest.

Als letztes stand die Verabschiedung von drei Resolutionen auf der Tagesordnung. Die erste Resolution wendet sich gegen die jüngst vorgestellten Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, im Zuge des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG) eine so genannte „gestufte und gesteuerte Versorgung“ für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu etablieren. Die LPK RLP sieht darin eine Diskriminierung psychisch kranker Menschen und eine weitere Hürde auf dem Weg zu angemessener psychotherapeutischer Versorgung.

Die zweite Resolution fordert die Verankerung eines festen Anteils von Psychologischen PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine angemessene Honorierung dieser Tätigkeit auf Grundlage TVöD.

Die dritte Resolution fordert die Reduktion des Fluglärms aufgrund der nachgewiesenen Gesundheitsschäden, die sich auch als psychische Erkrankungen niederschlagen können. Weitere Informationen zu den Resolutionen sowie die Resolutionen selbst zum Download finden Sie unter www.lpk-rlp.de in der Rubrik „Aktuelles“ / „Aktuelle Informationen der LPK RLP“.

Die nächste Vertreterversammlung findet am 13. April 2019 statt.



Die Vertreterversammlung am 20. Oktober 2018.